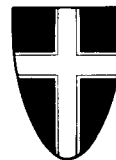


WIENER LANDESREGIERUNG

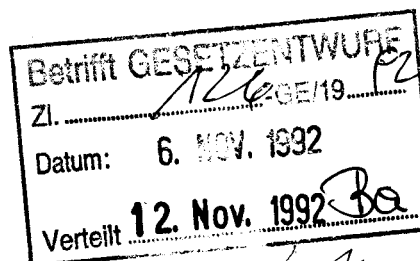


MD-2726-1 und 2/92

Wien, 3. November 1992

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Verbrechensoffer-
gesetz geändert wird;
Stellungnahme

An das
Präsidium des Nationalrates



H. Kajak

Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der
Beilage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem
im Betreff genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilagen

Dr. Peischl
Magistratsvizedirektor

WIENER LANDESREGIERUNG



Dienststelle MD-Büro des Magistratsdirektors

Adresse 1082 Wien, Rathaus

Telefonnummer 40 00-82124

MD-2726-1 und 2/92

Wien, 3. November 1992

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Verbrechensoffer-
gesetz geändert wird;
Stellungnahme

zu Zl. 47.010/4-8/1992

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Auf das Schreiben vom 16. Oktober 1992 beehrt sich das Amt der Wiener Landesregierung, zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf folgende Stellungnahme bekanntzugeben:

Zu § 1 Abs. 7:

Aus Gründen der Einheitlichkeit der Rechtsterminologie sollte statt des Begriffes "Übereinkommen zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes" entsprechend der Diktion der Regierungsvorlage zum EWR-Vertrag der Begriff "Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum" verwendet werden.

Zu § 16 Abs. 3:

Im Hinblick darauf, daß das im Art. 4 des EWR-Vertrages verankerte Diskriminierungsverbot erst mit dem Inkrafttreten dieses Vertrages verbindlich wird, darf angeregt werden, den für das Wirksamwerden der Gleichbehandlungsvorschrift des § 1 Abs. 7 vorgesehenen Termin (31. Dezember 1992) durch die Wendung "nach dem Inkrafttreten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum" zu ersetzen.

- 2 -

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Peischl', written over a vertical line.

Dr. Peischl
Magistratsvizedirektor